

Datum: Tue, 01 Feb 2011

An: [angela.merkel@bundestag.de](mailto:angela.merkel@bundestag.de), [presse@bmfsfj.de](mailto:presse@bmfsfj.de)  
CC: [extreme\\_zeiten@gmx.de](mailto:extreme_zeiten@gmx.de)

Betreff: Protest gegen "Extremismuserklärung"

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,  
sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Schröder,

die "Extremismuserklärung", die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" abverlangt, stellt all diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind Misstrauen und Bespitzelungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische Werte und Prinzipien vor Ort verteidigen, Demokratie schädigend und kontraproduktiv. Wir fordern Sie daher auf, die Absätze 2 und 3 der so genannten "Demokratieerklärung" in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen,

F. Ehricht

PS: Insbesondere vor dem Hintergrund meiner eigenen Sozialisation als Christin in der DDR bin ich zutiefst irritiert und empört darüber, nun ausgerechnet im Namen der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung zur Bespitzelung und Protokollierung dieser Bespitzelungstätigkeiten aufgefordert zu werden.